

	<b>178. Vollversammlung der AK Wien vom 09.11.2022</b>
<b>Gem</b>	
<b>Antrag Nr. 6</b>	<i>Medienvielfalt sichert Demokratie – Demontage von Medien der Republik stoppen!</i>
<b>Annahme</b>	<b>Vorstand</b>

Die Kommunikationsabteilung der Arbeiterkammer Wien hat den Auftrag erhalten, den Antrag zu bearbeiten. In einem ersten Schritt hat sie sich der Begutachtungsverfahren für das Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes (WZEVI-Gesetz) und für das Qualitätsjournalismus-Förderungs-Gesetz (QJF-G) angenommen.

In den Begutachtungen werden in Hinblick auf den gegenständlichen Antrag folgende zentralen Punkte eingewendet:

Die Wiener Zeitung soll jedenfalls als Tageszeitung erhalten bleiben. Ausreichende Mittel zur Eigenvermarktung müssen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Für die Medienvielfalt in Österreich müssen ebenfalls ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen. Budgetär kann das etwa durch die Auflösung des Missverhältnisses zwischen Werbegeldern und Medienförderung gelingen. Die im Gesetzesvorschlag zum QJF-G vorgesehene Medienförderung in Höhe von 15 Mio. Euro soll nicht zu den vorgesehenen lediglich 10 Prozent sondern zu mindestens 50 Prozent anhand klar definierter Qualitätskriterien für journalistische Arbeit angesucht werden können.

Die Existenz von Redaktionsstatuten müssen eines dieser Qualitätskriterien sein. (Dieser bei der „Medienkonferenz“ im Mai 2022 eingebrachte Vorschlag der Arbeiterkammer wurde grundsätzlich von BM Susanne Raab bereits aufgegriffen und ist für die 10 Prozent Qualitätsförderung im Begutachtungsentwurf bereits vorgesehen.)

Betreffend das Informationsfreiheitsgesetz hat die Arbeiterkammer eine Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf mit der Betonung der Relevanz eines entsprechenden Gesetzes sowie inhaltlichen Anliegen eingebracht.

**Der Vorstand beauftragt das Büro mit folgender Vorgangsweise:**

Die beschlossenen Punkte in Bezug auf den ORF werden seitens der AK-Vertreterin im ORF-Publikumsrat in diesem Gremium eingebracht. Darüber hinaus werden diesbezüglich Gespräche mit einzelnen Mediensprecher:innen im Nationalrat geführt. Auch im Rahmen von erwarteten konkreten Verhandlungen rund um die Novellierung des ORF-Gesetzes sowie in die entsprechende Begutachtung werden die Punkte einfließen.